

Darmstadt, 20. September 2007

## **Rede der Fraktionsvorsitzenden Andrea Ypsilanti anlässlich des Hessen-Forums der SPD- Landtagsfraktion „Familien – viele Formen, viele Chancen“ am 20. September 2007 in Darmstadt.**

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

„Familie hat im 20. Jahrhundert einen tief greifenden Wandel erfahren. Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts dominierten die Großfamilien, später entwickelte sich die so genannte Kernfamilie (Vater-Mutter-Kind/Kinder). Diese Kernfamilie ist das, was wir heute immer noch als „Norm“ ansehen. Allerdings stellt Familie in dieser Form nicht mehr die Mehrheit der Familien.

Wir haben heute vielfältige Formen von Familie: Ein-Eltern-Familien, Patchwork-Familien, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern, Wohngemeinschaften und natürlich auch die klassische Kernfamilie. Und es gibt Lebensgemeinschaften von längst erwachsenen Kindern mit ihren Eltern.

Deshalb ist für mich Familie dort, wo Kinder sind und wo mehrere Generationen Verantwortung füreinander übernehmen. Wir müssen für alle Formen der Familie Politik machen, damit sie Beruf und Familie vereinbaren können und mit ihren tagtäglichen Aufgaben leichter zurechtkommen.

Die sozialdemokratische Bilanz auf Bundesebene in Sachen Familienförderung kann sich sehen lassen. Es war Renate Schmidt, die das Tagesbetreuungsausbaugesetz auf den Weg brachte. Die Forderung nach einem einkommensabhängigen Elterngeld ist lange Jahre von uns gefordert und nun endlich umgesetzt worden. Es war unsere Bundesregierung, die die Kohlschen Versäumnisse beim Kindergeld endlich korrigiert und dreimal Erhöhungen umgesetzt hatte.

Die Vorreiterrolle der SPD in Sachen Familienpolitik gilt auch in der Großen Koalition weiter. Es ist den SPD-Vertretern zu verdanken, dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr für das Jahr 2013 festgeschrieben wurde. Bedarfsgerechte Kinderbetreuung von hoher Qualität und von Anfang an ist das, was Familie heute am dringendsten braucht. Damit ist Familienpolitik nicht erschöpft, aber ohne gute Kinderbetreuung geht es nicht.

Die Konservativen geben sich gerne als die einzig wahren Hüter der Familie aus. Das Bild, das sie mitliefern, stammt aus der so genannten „heilen“ Welt der 50er-Jahre des vorigen Jahrhunderts: ernährender Vater, die Mutter als Hausfrau und am besten zwei Kinder, möglichst als Großfamilie mit den Großeltern unter einem Dach.



Dass dieses Bild Risse bekommen hat und Familie heute anders ist, hat auch die CDU gemerkt. Deshalb versucht man jetzt, ein wenig auch Angebote für die modernen jungen Frauen zu machen, die neben der Kindererziehung auch noch Anspruch auf Berufstätigkeit anmelden. Diese Angebote sind allerdings rein wahltaktisch und stimmen nicht mit der immer noch geltenden Ideologie der CDU überein.

Bei Roland Koch, dem Spezialisten für Mogeleyen, geht das dann folgendermaßen. Ich will das an zwei Beispielen erläutern:

Als die CSU ihre so genannte „Herd-Prämie“ (150 € monatlich für die Mutter, die das Kind zu Hause betreut und keinen Krippenplatz in Anspruch nimmt) im Zusammenhang mit dem Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren als Forderung auf den Tisch legte, hat Roland Koch zunächst abgelehnt: „Ich warne alle Beteiligten davor, finanziell draufzusatteln“ – so zitierte ihn der Spiegel. Das ist die Ablehnung verbrämt unter einem Finanzargument.

Nur eine Woche später hatte er bereits die Wende vollzogen und zeigte sich jetzt als Verfechter des Betreuungsgelds. Schließlich sei das billiger als ein Krippenplatz. Da diene das Finanzargument für das Gegenteil. So versucht Roland Koch, beiden Seiten gerecht zu werden und sich durch die Mitte zu mogeln.

Ein anderes Beispiel: Als die Bundesfamilienministerin den massiven Ausbau der Krippenplätze forderte, damit Frauen arbeiten und gleichzeitig auch Mutter sein können, stellte sich Roland Koch demonstrativ an ihre Seite. Man brauche ein vertrauenswürdiges, qualitativ hochwertiges Angebot bei der Betreuung der Kinder. Bravo, Herr Koch, könnte man meinen. Aber weit gefehlt.

Vier Monate zuvor bei der Jungen Union hatte Roland Koch gesagt: „Wer glaubt, morgens um acht ein Kind beim Staat abgeben zu können und nachmittags um 16 Uhr ein gut erzogenes Kind zurückzubekommen, der irrt sich.“ Dieser Satz passt besser zum konservativen Roland Koch. Im übrigen auch zu vielen anderen in der Union, denen ein Bischof Mixa aus der Seele sprach, als er sagte, dass Frauen zu Gebärmaschinen degradiert würden, wenn sie die Kinder gleich in der Krippe abgegeben würden.

Die CDU und mit ihr Roland Koch versuchen den Spagat, einerseits ihre konservativen Schichten zu bedienen, die weiterhin an überkommenen Rollenbildern festhalten wollen, die die Frau und Mutter zu Hause sehen. Das Betreuungsgeld passt da prima rein. Da man andererseits aber gemerkt hat, dass man damit bei jungen Frauen nicht punkten kann, dass die Lebenswirklichkeit eine andere ist, versucht man, sich ein bisschen moderner zu geben. Man schießt auf die Stimmen der Wählerinnen. Glaubwürdig ist Roland Koch aber auch in dieser Frage nicht.

Die sozialdemokratische Position ist eindeutig. Wir wollen, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide – für Mütter wie für Väter – erleichtert wird und dazu brauchen wir den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung – und zwar von Anfang an. Wenn wir dies erreicht haben, dann erst haben Familien Wahlfreiheit – ob sie ihr Kind zu Hause betreuen wollen oder ob sie eine Tagesstätte vorziehen. Heute sind wir von Wahlfreiheit noch meilenweit entfernt. Dies gilt insbesondere für Hessen. Zwar rühmt sich die Sozialministerin gerne damit, bei den Angeboten zur Betreuung der ganz Kleinen „vorne“ zu sein. Nimmt man dieses Angebot unter die Lupe, erweist es sich schnell als wenig tragfähig.

Während in unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz das Angebot an institutionellen Angeboten für Kinder unter drei Jahre stetig wächst, setzt Hessen auf Tagesmütter. Tagesmütter können ein institutionelles Angebot ergänzen, sie können es aber nicht ersetzen. Und das hessische Tagesmuttermodell garantiert viel zu wenig Qualität. Tagesmutter oder –vater kann werden, wer 45 Unterrichtsstunden und einen Erste-Hilfe-Kurs absolviert hat. Qualität – Fehlanzeige! Das kritisiert zu Recht auch der Verband Tagespflege, der einen höheren Anspruch hat. Nebenbei bemerkt: Hier zeigt sich, dass die CDU gerne auf Laien statt Profis setzt, wie in anderen Bereichen – so z.B. beim Freiwilligen Polizeidienst oder bei der „Unterrichtsgarantie Plus“. Man will mit möglichst wenig Geld viel PR machen und denkt dabei wenig an die Betroffenen. Hier wird meiner Meinung nach an der völlig falschen Stelle gespart.

Was wir bei dem quantitativen Ausbau von Krippenplätzen nicht vergessen dürfen, ist die Qualität. Pisa hat uns gezeigt, dass wir erheblichen Nachholbedarf haben. Die Förderung aller Kinder von Anfang an ist der Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Wenn dies durchgängig erfolgt, können auch die Kinder aus den so genannten bildungsfernen Familien ihre Talente entfalten.

Die nächste Altersgruppe, für die wir handeln müssen, ist das Kindergartenalter. Es gibt dank der früheren rot-grünen Landesregierung in Hessen zwar ein umfassendes Angebot an Kindergartenplätzen. Dies wurde zu unserer Regierungszeit mit Landesmitteln umgesetzt, nachdem die CDU/FDP-Bundesregierung unter Kohl den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verankert hatte, ohne Geld dafür zur Verfügung zu stellen. Auch daran sei erinnert.

Heute brauchen wir mehr Ganztagsplätze und zwar echte Ganztagsplätze. Ein Angebot, das morgens um 8 Uhr beginnt und um 13.00 Uhr zu Ende ist, nützt nur wenigen. Genauso wenig wie Angebote, die keinen Mittagstisch bieten, dafür aber wieder Betreuung von 14.00 bis 16.00 Uhr offerieren. Wir brauchen ein echtes, an den Bedürfnissen der Eltern orientiertes Ganztagsangebot für alle, die dies wollen, mit flexiblen Öffnungszeiten. Auch hierfür werde ich mich einsetzen.

Wir brauchen auch mehr Ganztagschulen, und zwar nicht die Mogelpackung von Frau Wolff. Viele von Ihnen kennen den Bruch, den Eltern erleben, wenn ihr Kind aus dem Kindergarten in die Schule wechselt. Mit den geregelten Zeiten ist es dann vorbei. Absolut chaotisch wird die Sache, wenn man mehrere Kinder in der Schule hat. Dies bei Berufstätigkeit beider Eltern zu managen, klappt nur bei wirklich ausgeprägtem Organisationstalent.

Die Ganztagschule à la CDU-Hessen ist in Wirklichkeit eine Halbtagschule mit Mittagstisch oder mit Nachmittagsangeboten. Das geht an den Bedürfnissen der Familie vorbei und es ist pädagogisch wertlos.

In Bezug auf die Finanzierung der Kinderbetreuung hat sich die derzeitige CDU-Landesregierung alles andere als mit Ruhm bekleckert. Mit ihrer Regierungsübernahme 1999 hat sie als einer ihrer ersten Amtshandlungen den bis dahin vorhandenen Zuschuss zu den Betriebskosten von umgerechnet 50 Millionen € an die Kommunen kurzerhand gestrichen. Ein zutiefst familienfeindlicher und kommunalfeindlicher Akt.

Die Verantwortung wegzuschieben und die Finanzierung anderen zu überlassen, ist ein beliebtes Spiel der Koch-Regierung. Hier ist das so genannte Bambini-Programm, mit dem Ganztagsplätze und Plätze U3 gefördert werden, das beste Beispiel. Die Kommunen zahlen kräftig, 100 von 110 Millionen, und die Landesregierung versucht, sich feiern zu lassen. Beim so genannten Knirps-Programm, das ist die CDU-Erfindung aus dem jetzt laufenden Jahr, werden zwar 22 Millionen aus dem Landeshaushalt zugeführt, dafür wird exakt die gleiche Summe den Kommunen beim Krankenhausprogramm wieder genommen. Mit solchen Taschenspielertricks wird versucht, die Öffentlichkeit zu täuschen.

Tatsache ist: Das Land Hessen ist am Ausbau der Kinderbetreuung mangelhaft bis ungenügend beteiligt. Im Jahr 2006 hat die öffentliche Hand in Hessen nach Angaben des Statistischen Landesamts 990 Millionen € für Tageseinrichtungen für Kinder ausgegeben. Darin sind Ausgaben der Kommunen und des Landes enthalten, auch die Zuschüsse an Freie Träger. Die Ausgaben der Freien Träger sind nicht enthalten. Aus dem Landeshaushalt stammen davon nur 96,4 Millionen, allerdings nur sage und schreibe 21,4 Millionen originäre Landesmittel. Der Rest kommt aus dem Kommunalen Finanzausgleich, das ist Geld der Kommunen. Wenn man die originären Landesmittel an den Gesamtausgaben in Prozent berechnet, kommt man zu dem Ergebnis, dass das Land gerade mal mit 2% an den Ausgaben der öffentlichen Hand für Kinderbetreuung beteiligt ist. Da fällt mir nur ein: Setzen Sechs, Roland Koch!

Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist auch heute leider immer noch „nur“ ein Frauenthema. Wenn in der Öffentlichkeit über die Frage der Vereinbarkeit geredet wird, spricht die überwiegende Zahl der Beteiligten davon, dass es um Frauen geht, denen es ermöglicht werden soll, beide Dinge unter einen Hut zu bringen.

Erlauben Sie mir die provozierende Frage: Warum ist das eigentlich so? Ist es Naturgesetz, dass nur Frauen Kinder betreuen können? Sind Männer dazu nicht in der Lage?

Ich glaube, dass es notwendig ist, die Väter verstärkt, Stück für Stück in Betreuung und Erziehung von Kindern einzubeziehen. Und ich glaube, dass die überwiegende Zahl von Vätern dies auch will. Der Arbeitsalltag lässt ihnen leider wenig Raum für die Familie. Und auch daran muss sich dringend etwas ändern.

Wir brauchen mehr Teilzeitarbeit, auch für Männer, und zwar solche Teilzeitarbeit, die nicht das Ende der Karriere bedeutet. Wer Müttern und Vätern qualifizierte Teilzeitarbeit in möglichst individuell bestimmbaren Arbeitszeiten ermöglicht, hilft ihnen ein gutes Stück bei der Bewältigung ihrer Aufgaben. Wer allerdings – wie die Hessische Landesregierung – die Arbeitszeit auf 42 Stunden erhöht, macht genau das Gegenteil von dem, was Eltern brauchen.

Es ist oft davon die Rede, dass wir eine aussterbende Gesellschaft sind, dass wir zu wenig Kinder bekommen. Ich will mich an dieser Diskussion so nicht beteiligen. Ich bin der Auffassung, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, für mehr Nachwuchs zu sorgen. Das ist eine höchst private Angelegenheit, die jede und jeder für sich entscheiden muss. Ich bin allerdings der Auffassung, dass der Staat die Aufgabe hat, dazu beizutragen, dass möglichst viele Kinderwünsche realisiert werden können.

Die meisten jungen Menschen wünschen sich Kinder, da unterscheiden sich junge Frauen und junge Männer auch gar nicht so sehr. Aber die Realität holt sie schnell ein. Sie stehen unter einem hohen Druck auf dem Arbeitsmarkt, sie bekommen oft nur befristete Arbeitsverträge, sie sollen möglichst mobil sein, sie werden am Arbeitsplatz gefordert und dann bleibt der Kinderwunsch irgendwann auf der Strecke.

Für Studentinnen und Studenten sind die Bedingungen auch nicht besser. Der Druck, das Studium schnell zu beenden und die Einführung von Studiengebühren haben sie nicht besser gemacht. Auch hier hat Roland Koch der Familie einen schlechten Dienst erwiesen. Wenn junge Menschen erkennen, dass ihnen viel abverlangt wird, damit sie im Berufsalltag bestehen können, wenn sie erkennen, mit welcher umfangreichen Problemen sie alleine gelassen werden, wenn sie sich auch noch Kinder anschaffen würden – dann wird der Traum vom Kind beerdigt.

Es ist schade, dass dies so ist. Ich jedenfalls habe es als Bereicherung empfunden, ein Kind zu haben, wenngleich es auch für mich schwierig war und schwierig ist, beides – die politische Karriere und Kind – unter einen Hut zu bringen. Von daher weiß ich gerade bei diesem Thema, wovon ich rede. Und ich glaube, dass mich dies auch befähigt zu erkennen, was Familien heute wirklich brauchen.

Von Betreuungsangeboten, Ganztagschulen und familiengerechter Arbeitswelt habe ich schon gesprochen. Das ist aber nur ein Teil des Notwendigen. Wir brauchen mehr Unterstützung für die Familie durch soziale Dienste. Ich weiß, dass wir das als SPD schon oft gesagt haben, aber man kann es nicht oft genug sagen: Die so genannte „Operation düstere Zukunft“ war in familienpolitischer Hinsicht ein Super-Gau.

Erziehungsberatungsstellen, Schuldnerberatungsstellen, Familienbildungszentren, Drogenberatungsstellen, Frauenhäuser und viele andere mehr – sie alle haben den Entzug von Landesmitteln verkraften müssen. Die Kommunen und die Freien Träger wurden mit der Verantwortung alleine gelassen. Angeblich sollte diese Operation der Sanierung des Haushalts dienen. Dass gleichzeitig unsinnige Projekte wie der Schlosskauf zu Erbach oder die Frankfurter Rennbahn weiter finanziert wurden, störte die CDU herzlich wenig.

Mit der „Operation düstere Zukunft“ wurden gerade die Familien allein gelassen, die Unterstützung am dringendsten brauchen. Finanzielle Unterstützung bei Präventionsangeboten zu streichen und hinterher zu rufen, haltet den Dieb, ist an Scheinheiligkeit kaum noch zu überbieten.

Darüber hinaus ist es erforderlich, das früher in Hessen gute Netz an sozialen Diensten für die Familie wieder auszubauen. Wir brauchen nicht weniger Erziehungsberatung, sondern mehr. Viele Eltern sind damit überfordert, ihren Kindern Werte zu vermitteln oder auch nur einen geordneten Tagesablauf anzubieten. Jeder Euro, den wir hier investieren, wird sich in kürzester Zeit amortisieren. Ich werde mich dafür einsetzen, dass eine von mir geführte Regierung mehr für Prävention im Sozialbereich ausgibt. Und ich bin sicher, dass dies auf lange Sicht gesehen billiger ist und den Betroffenen zusätzlich großen Nutzen bringt.

Wenn von Familienpolitik die Rede ist, wird dies oft mit Ausbau von Kinderbetreuung gleichgesetzt. Unbestritten ist dies ein wichtiger Baustein. Aber Familie hat auch noch eine andere Seite, wo sie Unterstützung gibt, nämlich in Richtung der älteren Generation. Auch hier ist es leider wieder so – Unterstützung und Pflege ist Frauensache. Und sie werden mit den Problemen viel zu oft alleine gelassen.

Wir brauchen mehr staatliche Unterstützung für die Personen, die Pflege von Angehörigen übernehmen. Ich will damit nicht sagen, dass der Staat alle diese Unterstützungsmaßnahmen anbieten soll. Wir haben Gott sei Dank eine ganze Reihe von qualifizierten freien oder kirchlichen Trägern, die sich in diesem Sektor engagieren und hervorragende Arbeit leisten. Aber der Staat muss die Rahmenbedingungen schaffen.

Wir brauchen mehr Plätze in der Kurzzeitpflege, damit die betroffenen Pflegepersonen auch mal ausspannen können. Wir brauchen mehr Hilfsdienste, die die Familie entlasten. Der Löwenanteil der Pflege wird – allen Unkenrufen zum Trotz – in der Familie geleistet.

In Frankfurt ist nur ungefähr ein Viertel der Pflegebedürftigen im Heim untergebracht, der weitaus größte Teil der Pflege wird von Familienangehörigen und ambulanten Diensten erbracht. Dies entspricht auch der Wunschvorstellung der meisten Pflegebedürftigen. Sie wollen möglichst lange und möglichst selbstständig in den eigenen vier Wänden bleiben.

Der Anteil an Pflege in den Familien wird zurückgehen. Die demografische Entwicklung auf der einen Seite und die in unserer Gesellschaft geforderte Mobilität, die Familienverbände trennt, auf der anderen Seite, führen dazu, dass es in Zukunft einen höheren Anteil an Betreuung durch ambulante Dienste und einen höheren Anteil an stationärer Unterbringung im Pflegeheim geben wird. Aber Ziel muss es sein, den älteren Menschen möglichst lange das Leben in Selbstständigkeit zu erhalten. Ich wünsche mir das auch für mich selbst.

Darüber hinaus wird es mit Sicherheit andere Formen von „Wahlfamilien“ geben, in denen Unterstützung auch von Nicht-Verwandten möglich ist. Darüber werden wir heute sicher noch einiges hören, Henning Scherf ist hierfür der Experte.

Die Politik hat die Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Angebote für Unterstützung und Pflege qualitativ hochwertig sind und überall zur Verfügung stehen. Und sie muss dafür Sorge tragen, dass Familie da, wo sie die Pflege mit übernimmt, nicht überfordert wird. Ich halte den Vorschlag von Ulla Schmidt, „bezahlte Pflagetage“ einzuführen, für richtungsweisend. Das wird nicht alle Probleme lösen, aber es ist ein Stück Hilfe für die betroffenen Familien.

Sie sehen, Politik für Familien ist vielfältig, so vielfältig wie die Familie selbst. Es wird viel zu tun geben, denn der Ausstieg der Regierung Koch aus der Sozial- und Familienpolitik hat tiefe Spuren hinterlassen.

Ich bin allerdings sicher, dass meine Partei und ich diese Aufgabe meistern werden. Ich wünsche mir von unseren Gesprächen heute viele Anregungen für unsere Familienpolitik und freue mich auf eine gute Diskussion.“